

September 2020

Länderbericht

Länderbüro Türkei

**KONRAD
ADENAUER
STIFTUNG**

Zwischen Vormacht und Fairness: Wem gehört das östliche Mittelmeer?

Walter Glos & Friedrich Püttmann

Die Lage im östlichen Mittelmeer spitzt sich zu – und sie wird brandgefährlich. Der jüngste Besuch von Bundesaußenminister Maas in Athen und Ankara hat die Rhetorik der Konfliktparteien nicht entschärfen, die Wogen nicht glätten können. Während die Türkei es mit vielen Staaten in der Region gleichzeitig aufnimmt, haben Frankreich und Italien ihre Militärpräsenz vor Ort erhöht. Bahnt sich tatsächlich ein bewaffneter Konflikt an? Und geht es wirklich nur um Erdgas? Was steckt hinter der aufgeheizten, komplexen Situation, und wie kann Deutschland als derzeitiger Inhaber der EU-Ratspräsidentschaft am besten reagieren? Eine Analyse.

Seerecht ist zäh' Recht

Noch ist Urlaubszeit in der Türkei. Da führt es viele an das Mittelmeer. Das „weiße Meer“ (*Akdeniz*), wie die Türken die See entlang ihrer Südküste nennen, zieht jährlich 45 Millionen Touristen ins Land – wenn nicht gerade Corona ist. Das Ausbleiben der ausländischen Urlauber beutelt die türkische Wirtschaft sehr. Zwar ist sie im zweiten Quartal mit minus 9,9% statt 11,8% etwas weniger geschrumpft, als Ökonomen es vorhergesagt hatten, doch insbesondere die schwache Lira und hohe Inflation machen der Türkei sehr zu schaffen.¹ Dass Ende August Außenminister Maas bereits erneut mit seinem türkischen Gegenüber, Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu, zusammenkam, lag dieses Mal jedoch nicht an den deutschen Reisewarnungen für die Türkei. Stattdessen war der Anlass das Mittelmeer selbst.

Schaut man von der Promenade eines beliebigen türkischen Ferienortes aufs Wasser, so sticht dem deutschen Beobachter eine Sache sofort ins Auge: große Taue mit kleinen rot-weißen Bojen unterteilen feinsäuberlich die Bucht in einen Bade- und einen Ankerbereich. An manchen Stränden trennen diese schwimmenden Grenzziehungen sogar die exakten Planschzonen zahlreicher einzelner Bars und Hotels voneinander. Was im Falle des Tourismus noch relativ praktikabel ist, wird auf hoher See hingegen zur Mammutaufgabe. Wem gehört

welcher Abschnitt des Meeres? Wer darf welche Rohstoffe abbauen? Und, wie wird das überhaupt entschieden?

Diese Fragen sind insbesondere dann schwierig zu beantworten, wenn wie im Falle der Türkei und Griechenlands die Inseln des einen Staates unmittelbar vor der Küste des anderen liegen. Da überrascht es denn auch nicht, dass das Seerecht eines der umstrittensten im Völkerrecht ist. Im hanseatischen Hamburg, wo der Internationale Seegerichtshof seinen Sitz hat, wird bei Streitigkeiten über maritime Linien regelmäßig eine immense Vielfalt an Argumenten und Gutachten vorgelegt: von historischen Gewohnheiten über wirtschaftliche Bedürfnisse und geopolitische Erfordernisse bis zur Wahrung der Natur und Beachtung moralischer Aspekte. Auch Deutschland gerät des Öfteren in solche juristischen Prozesse zum Beispiel mit seinem Nachbarn Dänemark.² Der Unterschied zur aktuellen Lage im östlichen Mittelmeer ist jedoch, dass Kopenhagen Berlin keine Gewalt androht und nicht mehr Kriegsschiffe die Ostsee befahren. Vielleicht auch, weil es um weniger geht.

Schwarzes Gold im weißen Meer?

Vordergründig ist der derzeitige Konflikt um das östliche Mittelmeer ein griechisch-türkischer, und vordergründig geht es um die Erschließung und

Gewinnung potenzieller Energieressourcen, insbesondere Erdgas aber auch Erdöl. In virtuellen Fachgesprächen erklärt der türkische Vize-Energieminister, Alparslan Bayraktar, dazu anschaulich, dass die Türkei angesichts ihrer wirtschaftlichen Lage unabhängiger von ausländischen Energieimporten werden wolle und die Abschöpfung maritimer Gasvorkommen Teil dieser Strategie sei. Die Tatsache, dass Ankara auch im Schwarzen Meer nach Gas sucht, bestärkt dieses Argument. Bayraktar stellte außerdem in Aussicht, beim Abbau der Bodenschätze mit internationalen Firmen kooperieren zu wollen und betonte dabei die enge Partnerschaft mit den USA, während er erwähnte, die Türkei wolle sich energiepolitisch stärker von Russland lösen.

Dass diese wirtschaftlichen und geopolitischen Ambitionen südlich des türkischen Festlands nicht so einfach realisierbar sind wie nördlich, liegt daran, dass die Nachbarn Griechenland und Zypern beklagen, die Türkei dringe in ihr Hoheitsgebiet ein – noch dazu in Begleitung mehrerer Fregatten. Die Türkei hält dagegen, dass Zypern nicht nur aus „Südzypern“ bestehe, sondern auch aus dem türkischsprachigen Teil. Dieser wird als autonomer Staat nur von der Türkei anerkannt. Jedoch habe er die Befugnisse zum Abbau der ihm zustehenden Bodenschätze im angrenzenden Seegebiet an Ankara übertragen. Außerdem argumentiert die Türkei, dass Inseln keinen Festlandssockel hätten und daher auch keinen Anspruch auf die Ressourcen im Meeresgrund.

Griechenland und Zypern widersprechen dieser Auffassung und verweisen auf die internationale Seerechtskonvention UNCLOS, welche auch Israel und Ägypten befolgen. Die Türkei aber verstoße dagegen.

Doch Ankara kritisiert, die Ostmittelmeeranrainer hätten weitere Abkommen über die Aufteilung des Mittelmeeres geschlossen, von denen die Türkei bewusst ausgeschlossen worden sei. Infolgedessen setzt die Türkei mit der Entsendung ihrer Schiffe nun zum einen ihr eigenes Rechtsverständnis um, und zum anderen schloss sie im November mit der international anerkannten Regierung Libyens ein neues Abkommen, welches die vorige Aufteilung des

Meeres konterkariert. Im August folgte dann der nächste Vertrag zwischen Athen und Kairo, der wieder neue Grenzen im Mittelmeer zieht und der Ankara-Tripolis-Linie buchstäblich einen Strich durch die Rechnung macht. Ankara sagte Tripolis derweil im Gegenzug Unterstützung im Kampf gegen General Haftar zu und entsendet seitdem militärisches Gerät, Ausrüstung und Söldner. Manche mutmaßen, dass auch libysches Erdöl ein Grund dafür gewesen sein könnte.

Mit dem militärischen Eingriff in Libyen hat die Türkei zum besonderen Ärger Frankreichs, welches die Haftarsche Seite favorisiert, allerdings gegen ein weiteres internationales Abkommen verstoßen und zwar das UN-Waffenembargo, welches im Januar auf der Berliner Konferenz beschlossen wurde. Damit ist die Türkei nicht allein. Die ersten, die in den libyschen Bürgerkrieg intervenierten, waren die Vereinigten Arabischen Emirate. Zum Erhalt der regionalen Stabilität führte Abu Dhabi von April bis Dezember 2019 insgesamt eintausend Luftangriffe auf Tripolis durch, was erhebliche zivile Opfer forderte, weiß der Experte Dr. Jalel Harchaoui vom niederländischen Clingendael-Institut. Dieser Angriff habe nördlich des Mittelmeeres wenig Widerstand hervorgerufen, was Harchaoui zufolge nach Ankara das Signal sendete, dass Interventionen in Libyen zur neuen Normalität gehörten. Auch andere externe Akteure wie Ägypten oder Russland schicken Waffen und Söldner nach Libyen – und zwar an Haftar. So mischt selbst Moskau militärisch im Mittelmeer mit. Das macht etwaige Parteinahmen besonders delikater.

Zu alledem steht Paris jetzt auch militärisch deutlich sichtbar an der Seite von Athen. Letzteres hat als Gegenmaßnahme zu den türkischen Bohrungen seine Marinepräsenz hochgefahren und kauft dafür aktuell zusätzliche Rüstungsgüter ein – und das in Frankreich. Wie es die Medien derzeit tagtäglich berichten, wird das Ganze abschließend noch mit einer großen Prise an Provokationen und Beschuldigungen gewürzt. So heißt es, die jeweils andere Seite richte „Chaos“ an, gefährde die regionale Sicherheit und Stabilität, oder sei schlichtweg „geldgierig“.³ Alle Parteien zeigen sich offiziell zum Dialog bereit, aber nur, wenn das Gegenüber von seinem

aktuellen Standpunkt abrücke, während zeitgleich der eigene durch unilaterale Handlungen weiter untermauert wird.

Unterm Strich erscheint der Streit also als ein energiepolitischer Zank unter Nachbarn mit geostrategischen Auswüchsen, welcher eine Vielzahl an Konfliktparteien aufs Tapet bringt und dabei die NATO an ihrer Südostflanke sich selbst gegenüberstellt. Da die Aufrüstung von Rhetorik und Regiment schnell auch mal zu Unfällen führen kann, bemüht sich Deutschland aktiv um diplomatische Vermittlung. Ein Telefonat der Kanzlerin mit Athen und Ankara im August hat das Schlimmste vorerst verhindert. Einem Modell der Verhandlungstheorie zufolge sollte man dabei nicht nur auf die Spitze des „Konflikteisbergs“ schauen, sondern sein vielschichtiges Fundament ergründen.

Es geht um mehr als Gas

Energie ist ein großer Kostenfaktor jeder Volkswirtschaft. Energieträger aus dem Ausland zu importieren macht zudem politisch abhängig. Unabhängiger wird, wer diese Ressourcen selbst fördern kann. Energieexport ist darüber hinaus ein profitables Geschäft. Nur: Im Falle der Erdgasvorkommen im Mittelmeer geht diese Kalkulation gar nicht auf.

Wie auf einem Online-Fachgespräch der Südosteuropa-Gesellschaft (SOG) kürzlich festgehalten wurde: die Förderung von Erdgas aus dem zentralen östlichen Mittelmeer wäre eine der teuersten Formen der Energiegewinnung im heutigen internationalen Vergleich – nicht nur in der Beschaffung, sondern auch im Transport ans Festland. Hinzu kommt, dass die aktuelle Nachfrage nach Erdgas und Erdöl weltweit aufgrund der Corona-Pandemie auf einem absoluten Tiefpunkt steht. Und selbst wenn die globale Wirtschaft sich wieder erhole, stelle sich die Frage, wer der Abnehmer dieser Energieexporte sein solle, so der ZEIT-Journalist und Türkei-Experte Michael Thumann im Rahmen der Diskussion. Denn Europa, welches die naheliegende Destination wäre, erhalte bereits von Norwegen bis Algerien Erdgas und verzeichne überdies einen insgesamt schrumpfenden Energiemarkt. Zu guter Letzt sei

auch anzunehmen, dass Gazprom „Kampfpreise auffahren“ würde, sollte die Türkei versuchen, Russland im Energiesektor Konkurrenz zu machen. Die wirtschaftliche Rentabilität dieser konfliktgeladenen Energiesuche der Türkei ist somit mehr als fragwürdig.

Doch darum geht es auch gar nicht so sehr. Unter US-Diplomaten wird schon lange vermutet, dass die Türkei in Wahrheit die Erdgasbühne nur nutze, um sich allgemein in der Region als neue Hegemonialmacht zu etablieren. Unter ausländischen Analysten kursiert dabei der Begriff des Neo-Osmanismus, welcher eine mutmaßliche Doktrin der Türkei erfassen soll, nach der sie ihren Einfluss auf das einstige Herrschaftsgebiet des früheren Reiches ausweiten wolle. Doch auch darum geht es hierbei nicht. Tatsächlich ist das türkische Bestreben, sich mehr Anteil am Mittelmeer zu verschaffen, eine uralte Agenda nationalistisch gesinnter Generäle und trägt den Namen „Blaues Vaterland“ (*mavi vatan*). Diese Doktrin identifiziert die Gewässer, welche zum natürlichen Territorium der Türkei gehören würden, und legt deren rechtmäßige Übernahme nahe. So sagte der ehemalige Admiral Cem Gürdeniz in einem Interview mit dem Staatssender *TRT World*, Griechenland habe lange Zeit gemeint, die Türken seien „Landmenschen“, keine Seefahrer, und im Zuge dessen die Interessen der Türkei schlichtweg ignoriert.⁴ Die Griechen dächten, die Ägäis gehöre einfach ihnen, sagt der pensionierte Militär, und bezichtigt die Nachbarn des „maritimen Landklaus“. Diese Auffassung eint das türkische Volk über politische Ideologien hinweg. Das außenpolitische Agieren im Mittelmeer ist daher auch eine Machtprojektion ins Innere des Landes. Die Türkei fühlt sich geopolitisch eingeeengt; vom *mare nostrum*, dem gemeinsamen Meer, bleibe für sie zu wenig übrig. Frühere Seeblockaden Griechenlands gegenüber dem Osmanischen Reich Anfang des 20. Jahrhunderts sitzen noch tief im historischen Gedächtnis des türkischen Heers und erinnern daran, was vermeintlich passieren kann, wenn man die Kontrolle verliert.

Im Zentrum des aktuellen Konflikts stehen folglich weniger die Bodenschätze selbst als die grundsätzliche Frage nach der Aufteilung des

Meeres. Dabei geht es vor allem ums Prinzip und darum, seine militärische Kraft zu beweisen. Die Türkei strebt nach einem neuen Selbstverständnis. Laut den Expertinnen und Experten der SOG wolle sie nicht länger „nur ein Mitglied“ größerer Bündnisse wie der NATO oder EU sein. Und sie wolle sich auch nicht länger von Verabredungen ihrer Nachbarn bevormunden lassen. Stattdessen ringt die Türkei um mehr Eigenständigkeit. Dazu gehört, dass man bisherige Spielregeln anzweifelt, die zum eigenen Nachteil empfunden werden. So zum Beispiel auch den Lausanner Vertrag von 1923, welcher die heutige Grenze zwischen Griechenland und der Türkei festlegt. 2023 wird die türkische Republik 100 Jahre alt. Bis dahin will Ankara seinen Platz in der Welt neu definieren. Nicht länger als Bittsteller in Brüssel, als Abhängigen Washingtons oder Getriezten der Nachbarn. Es geht um Gas. Aber es geht auch um geopolitische Gefühle.

Das war (nicht) immer so

Tatsächlich besteht der Streit um Erdgasvorkommen zwischen Athen und Ankara schon seit den 50er Jahren. Den Vertrag von Lausanne stellte der türkische Staatspräsident zuletzt 2016 infrage. Und auch das Eindringen türkischer Kampfflotten in den von Griechenland beanspruchten Luftraum sowie die anschließende Eskortierung durch griechische Flugzeuge wieder hinaus sind ein altes Spiel der Provokation, das laut SOG-Experten Prof. Heinz-Jürgen Axt seit Langem stattfindet und von beiden Seiten perfekt beherrscht wird. Doch diese „Hundekämpfe“, wie Axt sie nennt, hielten den türkischen Premierminister Erdoğan 2004 nicht davon ab, seinen griechischen Counterpart Kostas Karamanlis einzuladen, Trauzeuge seiner Tochter Esra zu werden, erinnert Thumann. In den 2000er Jahren waren die türkisch-griechischen Beziehungen schon einmal besser.

Seit 2010 allerdings hat sich die Situation mit der schrittweisen Entdeckung bis dahin unbekannter Erdgasvorkommen im Mittelmeer zunehmend verändert. Denn sie seien der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringe, erklärt Harchaoui. Die Ausgangslage sei nicht neutral; die Türkei und Griechenland hätten über die letzten Jahrzehnte

zahlreiche ungelöste Konflikte angehäuft und es sei falsch, die Situation so zu betrachten, als würde die Türkei mit ihrem Vorpreschen eine bisherige Ruhe stören. Stattdessen sitze der Frust und Ärger über den jeweils anderen bei beiden Ländern tief. Dass nun potenzielle Bodenschätze hinzukämen, von denen die Türkei drohe gänzlich abgeschnitten zu werden, habe Ankara letztendlich dazu gebracht, alles wieder auf den Tisch zu legen und mit Gewalt neue Verhandlungen über den Status Quo zu erzwingen. Denn wie im Fall der Grenzöffnungen im Februar hat Ankara gelernt, dass Eskalation die Gesprächsbereitschaft erhöht. Und das sei das essenzielle Ziel der Türkei, sagt Harchaoui: ihrem Ärger Luft zu machen und festgefahrene Diskussionen neu zu beleben auf der Grundlage, dass dem Gegenüber klar sei, wie ernst es der Türkei ist und was sie zu tun vermag.

Dabei ist das nationalistische Element Katalysator und Mobilisierungsmittel zugleich. Zum einen bestimmen sowohl in Ankara als auch in Athen national gesinnte Mitglieder der Regierung maßgeblich die Politik mit. Zum anderen dient die Doktrin vom Blauen Vaterland dazu, eine gesellschaftsübergreifende Mission zu definieren. Denn viele Türken leiden am sogenannten „Sèvres-Trauma“, das auf den gleichnamigen Vertrag von 1920 zurückgeht. Dieser legte die Aufteilung des Osmanischen Reiches unter europäischen Großmächten fest und begründet bis heute eine weit verbreitete Befürchtung, die türkische Nation sei von Feinden umzingelt, die sie schwächen wollten. Das führt dazu, dass der Ton deutlich rauer wird, was große Sorgen bereitet. So hat die jüngste Vergangenheit doch gezeigt, dass Ankara seine Ankündigungen meist auch umsetzt.

Doch wenn der türkische Staatspräsident am 30. August, dem Nationalfeiertag der türkischen Armee, an welchem dem Sieg über die griechischen Besatzer von 1922 gedacht wird, Athen und Paris mit äußerst scharfen Worten attackiert, dann ist das auch dem zeremoniellen Kontext geschuldet und muss in diesem Zusammenhang gesehen werden. Die Lage ist ernst und verbale Attacken heizen sie weiter auf. Aber nichts wird so heiß gegessen, wie's gekocht wird, heißt es bekanntlich, und so rät die Türkei-

Expertin Dr. Hürcan Aslı Aksoy von der Stiftung Wissenschaft und Politik, der Europäischen Union nicht auf die Provokationen Ankaras einzugehen. Denn außenpolitische Ansprüche vermischten sich hier mit innenpolitischer Symbolpolitik. Was also dann?

Eine Frage der Fairness

Wer in diesem Corona-Sommer die türkische Riviera entlangspazierte, der sah außer inländischen Urlaubern und Urlauberinnen vor allem zwei Nationen vertreten: Großbritannien und Russland. Der Blick in diese Länder kann helfen, die heutige Türkei besser zu verstehen. Als das Vereinigte Königreich sich aus den vermeintlichen „Fängen“ der EU löste, geschah dies unter dem Motto *Global Britain: delivering on our international ambition*. Diese Einstellung spiegelt sich auch in Ankara wider. Denn die aktuelle türkische Außenpolitik ist nicht nur das Resultat aufgestauter Frustrationen, sie ist auch das Produkt einer Zeit, in welcher weltweit die Besinnung auf nationale Alleingänge wieder schwer in Mode ist. Paradoxerweise verheißt in dieser „Doktrin“ gerade der nationale Unilateralismus internationalen Erfolg und soll das jeweilige Land vor allem eins machen: *great again*.

Dabei hat Ankara laut SOG und Clingendael insbesondere von Moskau gelernt, welches sich zum einen als Hegemonialmacht im postsowjetischen Raum etabliert hat und zum anderen die einzigartige Kunst beherrscht, Europas Krisen und Unterlassungen strategisch für sich zu nutzen und auszubeuten. Schaut man auf den enormen Umfang der von Ankara und Tripolis neu vereinbarten Ausschließlichen Wirtschaftszone von den Ufern Libyens an Kreta vorbei bis an die Küste von Kaş, könnte man meinen, die türkische Strategie sei: „Willst du 10, verlange 100.“, so der Analyst Harchaoui. Er jedoch meint, die Außenpolitik der Türkei verfolge deutlich simplere Ziele: Disruption und Aufmerksamkeit. Denn wer laut ist, dem wird gegeben. Aber kann das noch rechtens sein?

Das ist der Punkt, an dem alle Stricke zusammenlaufen. Etwa zwei Kilometer vor der

türkischen Küste und 580 Kilometer vom griechischen Festland entfernt liegt die äußerste der griechischen Inseln namens Kastelorizo. Auf ihr leben etwa 400 Menschen, und in den Augen der Türkei sind diese möglicherweise umgeben von Energievorkommen, die ihnen nicht zustehen. Aktuelle internationale Rechtsprechung sieht das hingegen anders. So hat UNCLOS zufolge jedes Land eine Ausschließliche Wirtschaftszone von 200 Seemeilen (370 Kilometern) ab seiner Küste. Damit käme auf das 12 km² große Eiland eine maritime Wirtschaftszone von 40.000 km². Das ist legal. Aber ist es auch legitim?

Wie die Tageszeitung WELT in einem Interview mit dem ehemaligen Präsidenten des Internationalen Seegerichtshof, Prof. Rüdiger Wolfram, beschrieb, ist ein Grundprinzip des internationalen Seerechts die Gewährleistung von „equity“, das heißt, das Finden einer „gerechten Lösung“.⁵ Das lässt viel Spielraum zu und erklärt, warum „die Vorgaben im internationalen Recht für die Entscheidung eines Grenzkonfliktes eher dünn sind“, wie Wolfram sagt. Zwar gehört eine Insel eindeutig zum nationalen Territorium eines Staates und genießt damit auch gewisse Rechte zur Nutzung der See. Doch bei schätzungsweise bis zu 6.000 griechischen Inseln rund um den südwestlichen Teil der Türkei stellt sich die berechtigte Frage, ob man noch von equity sprechen kann, wenn das anatolische Festland infolgedessen nahezu leer ausgeht, was die Bewirtschaftung des Meeres betrifft. Auch die Expertinnen und Experten der Südosteuropa-Gesellschaft sind sich einig, dass Griechenland zwar juristisch im Recht ist, doch dass gleichzeitig die Fairness gebiete, die Bedürfnisse der Türkei anzuerkennen und in einen offenen und ehrlichen Dialog zu treten.

Wer sich unfair behandelt fühlt, der fühlt sich machtlos. In Reaktion auf diese Gefühlslage greift er daher schnell nach der Macht, anstatt Fairness einzufordern. Oder anders gesagt: wer schikaniert wird, der verprügelt gern. Dass die Türkei derzeit im Mittelmeer dem verbreiteten Trend des unilateralen Schaffens vollendeter Tatsachen folgt, kann die Europäische Union nicht gutheißen. Sowohl Griechenland als auch

Zypern sind Mitglieder der EU, und die Union lebt von innerer Solidarität. Doch Solidarität darf auch nicht blind machen für die nachvollziehbaren Belange Außenstehender. Die Türkei hat das UNCLOS-Abkommen als eines der wenigen Länder weltweit nie ratifiziert. Zahlreiche weitere internationale Verträge stellt sie nun vehement infrage. Das Jahr 1996 war nicht nur das Gründungsjahr des Internationalen Seegerichtshof an der Hamburger Elbchausee,

es war auch das Jahr, als sich Griechenland und die Türkei bereits einmal mit Kriegsschiffen in der Ägäis gegenüberstanden und es drohten, Schüsse zu fallen. Auch jetzt ist die Lage äußerst ernst. Es ist an der Zeit, mit der Türkei neue Spielregeln zu verhandeln und sie gleichzeitig zur Einhaltung dieser zu verpflichten. Ganz so leicht wie das Spannen rot-weißer Taue in den Buchten türkischer Ferienparadiese wird das nicht, aber versucht werden muss es allemal.

Walter Glos ist Leiter des Länderbüros Türkei der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Friedrich Püttmann ist Doktorand am Europäischen Institut der London School of Economics (LSE) und Research Associate am Istanbul Policy Center (IPC).

¹ <https://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/konjunktur-tuerkische-wirtschaft-bricht-nicht-so-stark-ein-wie-erwartet-zum-preis-einer-schwachen-waehrung/26143118.html>

² <https://www.welt.de/politik/ausland/plus214704298/Tuerkei-vs-Griechenland-Der-Kampf-um-die-Macht-ueber-das-Meer.html>

³ <https://www.spiegel.de/politik/ausland/recep-tayyip-erdogan-tuerkischer-praesident-attackiert-griechenland-und-frankreich-im-gassstreit-a-05020396-1ca6-477f-aa5e-439a74164a92>

⁴ <https://www.trtworld.com/magazine/turkey-s-blue-homeland-striking-a-balance-in-the-eastern-mediterranean-37356>

⁵ <https://www.welt.de/politik/ausland/plus214704298/Tuerkei-vs-Griechenland-Der-Kampf-um-die-Macht-ueber-das-Meer.html>

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Walter Glos
Direktor
Länderbüro Türkei
www.kas.de/tuerkei

walter.glos@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)